

Widerstandskämpfer statt Antisemit

Hof - Im zweiten Anlauf hat der Hofer Stadtrat am Freitag eine mehr als ein Jahr intensiv geführte Diskussion einstimmig beendet: Die Dr.-Dietlein-Straße soll künftig Dietrich-Bonhoeffer-Straße heißen. Darauf hatten sich die Fraktionen von CSU, SPD und Freie Aktive Bürger (FAB) vorher verständigt. Das kam einigermaßen überraschend, hatte das Gremium doch erst im Juni beschlossen, die Straße trotz entsprechender Vorschläge nicht umzubenennen, da die Anwohner der Dr.-Dietlein-Straße dagegen protestiert hatten. Damals votierten große Teile der CSU um Oberbürgermeister Harald Fichtner ebenso für die Beibehaltung des Namens wie auch SPD-Stadträte und die gesamte FAB-Fraktion. Stattdessen sollte ein Schild aufgestellt werden, das über den nationalsozialistisch gesinnten Pfarrer und Stadtarchivar Auskunft geben sollte. Ein solches steht jedoch bis heute nicht. Der Versuch, die nationalsozialistische Geschichte mit einer Infotafel aufzuarbeiten, 'muss aus heutiger Sicht als gescheitert betrachtet werden', heißt es in einer Erklärung der Fraktionen. Und Fichtner nannte den Beschluss vom Juni einen Fehler - auch wegen der Außenwirkung der Stadt. Deswegen nun die Kehrtwende.

Außerdem war die Debatte auch nach dem Beschluss vom Juni nicht beendet. Ein Anwohner forderte ein Bürgerbegehren wegen der Infotafel, ein Lehrer aus Kaufbeuren reichte eine Landtags-Petition zur Umbenennung der Straße ein.

Der umstrittene Namensgeber ist Ernst Dietlein, 1884 geboren und während der Nazi-Zeit evangelischer Pfarrer, Lehrer und Archivar in Hof. Er war überzeugter Nationalsozialist und Antisemit, was sich in seiner Stadtchronik niederschlägt, die deswegen bis heute nicht vertrieben und nachgedruckt werden darf. In Hof war er auch nach dem Krieg bei vielen Leuten angesehen. Er starb 1954, zehn Jahre später wurde die Straße nach ihm benannt.

Die soll nun den Namen des evangelischen Pfarrers und Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer tragen. Den eventuellen Widerstand der Anwohner will Fichtner damit mildern, dass sie für die Änderung der Adresse in ihren Ausweispapieren nichts zahlen müssen. Katja Auer

SZ vom 30.11.2013